



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 13. Dezember 2024, 19.00 Uhr bis 23.50 Uhr
Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz	Waltraud Zepf Getto	SP	Präsidentin
Anwesende Mitglieder	Boris Altmann	parteilos	
	David Böhni	SVP	
	Cornelia Dean-Wüthrich	SP	Stimmenzählerin
	Claudio Götz	Pro Stein	
	Werner Käser	FDP	Erster Vizepräsident
	Nicole Lang	parteilos	
	Beat Leu	GLP	Stimmenzähler
	Ruth Metzger	SVP	
	Peter Spescha	SP	
	Roman Suter	FDP	
	Christoph Stamm	GLP	
	Markus Vetterli	SP	
	Ulrich Böhni	GLP	Finanzreferent
	Christian Gemperle	parteilos	Baureferent
	Irene Gruhler Heinzer	SP	Werkreferentin
	Carla Rossi	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Corinne Ullmann	SVP	Stadtpräsidentin
	Timo Bär		Stadtschreiber
	Joel Studer		Bereichsleiter Tiefbau
	Isabel Signer <i>(bis Trakt. 2)</i>		Bereichsleiterin Finanzen
	Stephan Büchi		Weibel
Abwesende Mitglieder	Carolina Bächli	Pro Stein	
	Daniel Ochsner	SVP	Zweiter Vizepräsident
Protokoll	Philipp Baumberger		

Traktandenliste

Beschluss-Nr. 33

1. Strategischer Stellenplan 2025

Beschluss-Nr. 34

2. Budget 2025

Beschluss-Nr. 35

3. Gründung Wärmeverbund Stein am Rhein AG

Beschluss-Nr. 36

4. Orientierungsvorlage: Öffentliche Parkierung - Projekte Parkierungsanlagen

Beschluss-Nr. 37

5. Verpflichtungskredit Ausbau Parkplatz Schützenhaus

Beschluss-Nr. 38

6. Fristverlängerung Bericht und Antrag Postulat «Erstellung zweiter Notausstieg an der Schiffländi»

Beschluss-Nr. 39

7. Informationen und Umfrage

Beschluss-Nr. 33

1. Strategischer Stellenplan 2025

Vorstellung Traktandum

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er erläutert den Stellenplan 2025 anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Bericht Kommission

Nicole Lang, parteilos, GPK: Die GPK hat den strategischen Stellenplan geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Erhöhung um 57 Stellenprozenten in der Vorlage klar begründet ist. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat den strategischen Stellenplan 2025 zu genehmigen.

Eintreten

Cornelia Dean-Wüthrich, SP, SP-Fraktion: Die SP hat in ihrer Fraktionssitzung den Stellenplan eingehend besprochen. Die gestiegene Auslastungsrate der Kita ist grundsätzlich positiv zu sehen und dass dafür auch mehr Personal benötigt wird, ist einleuchtend, zumal es noch einen vorgeschriebenen Personalschlüssel gibt. Zudem gilt es auch sicherzustellen, dass die Kinder gut betreut werden. Der Anstieg im Bereich Forst ist in der Begründung nachvollziehbar. Die intensivere Zusammenarbeit mit dem Kanton scheint in diesem Fall zwei Gewinner zu haben. Der Kanton muss seine Leute nicht ständig hin und her schicken und die 30 % Stellenerhöhung wird dadurch für Stein am Rhein kostenneutral bleiben. Die SP ist für Eintreten.

Beat Leu, GLP, Bürgerliche Fraktion: In der Bürgerlichen Fraktion ist der Stellenplan intensiv diskutiert worden, mit besonderem Augenmerk auf die Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und der Stadt Stein am Rhein bezüglich der Stellenprozente im Forst. Folgende Fragen sind diesbezüglich vorhanden:

- Wie sieht die genaue Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und Stein am Rhein aus und wer trägt welches Risiko/Verantwortung?
- Wieso wurde im Vorfeld über diese Vereinbarung nicht informiert, z.B. die GPK?

Für die Beantwortung der vorhandenen Fragen dankt die Fraktion und ist für Eintreten.

Detailberatung

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Frage, warum im Vorfeld nicht darauf eingegangen wurde, kann er in diesem Sinn jetzt nicht einfach beantworten, da dies so entschieden wurde. Auf operativer Ebene wurden die Verhandlungen geführt. Die Idee mit dem Kanton zusammenzuarbeiten, um eine 80 %-Stelle anzubieten, die auch besetzt werden kann, wurde durch den Stadtrat für gut befunden. Eine detaillierte Vorinformation gab es jedoch nicht, da man beabsichtigte, im Rahmen des Stellenplans darüber zu informieren.

Claudio Götz, Pro Stein: Die Lösung wird nicht infrage gestellt, wohl aber der Vorgang, dass man sich über die Kompetenz hinwegsetzt. In der Stadtverfassung steht, dass der Stellenplan Sache des Einwohnerrats ist, und es wurde in Eigenkompetenz entschieden, die Stellen um 30 % zu erhöhen. Lösungs- bzw. sachdienlich ist dies völlig in Ordnung. In Bezug auf die Zusammenarbeit und die Wahrnehmung der Oberaufsicht wäre es jedoch angebracht gewesen, mindestens eine Information an die GPK zu machen. Dies wird von ihm und anderen Kollegen kritisiert. Der Einwohnerrat kann so seinen Auftrag nicht ausführen. Die Lösung an sich ist aber in Ordnung.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie dankt für den Input. Der Stadtrat hat nicht daran gedacht. In Zukunft möchte man dies aber sicherlich machen. Der Stadtrat hat es für eine gute Lösung gefunden. Sie kann die Kritik aber nachvollziehen.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Der Vertrag hat am 1. November 2024 begonnen zu laufen, also zwei Monate zu früh. Dies zur Präzisierung.

Boris Altmann, parteilos: Die Frage ist noch nicht beantwortet, wer das Risiko trägt, und die andere auch noch nicht.

Beat Leu, GLP: Er dankt für die Nachfrage. Es geht darum, wer das Risiko bzw. die Verantwortung im Falle eines Ausfalls trägt. Vielleicht möchte er hiermit eine Lanze brechen. Aus finanztechnischer Sicht macht diese Vereinbarung Sinn. Er versteht, dass der Stadtrat dies so eingegangen ist und dankt ihm dafür. Die andere Seite betrifft den geschäftlichen Teil: Wie sieht die Vereinbarung aus? Wer trägt die Verantwortung, wenn etwas passiert? In Zukunft wäre man froh, wenn man diese Vorabinformation einhalten könnte.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Der Umfang würde maximal 560 Arbeitsstunden betreffen. Es gibt ein Kostendach. Das Kantonsforstamt hat sich verpflichtet, mindestens 500 Stunden zu delegieren. Das Nichtbesetzungsrisiko sind also 60 Stunden. Dies ist vertraglich garantiert. Es ist nicht zu rechnen, dass dieses Kontingent nicht gebraucht wird. Ein kleiner Spielraum ist also enthalten. Zusätzliche Leistungen, wie die Benutzung des Traktors, Traktor mit Astfräse, Traktor mit Krananhänger und Zangenschlepper werden pro Stunde separat verrechnet und sind nicht Teil dieser Summe. Im Vertrag wird zudem festgehalten, dass im Falle eines längerfristigen Ausfalls beim Forstpersonal die Einwohnergemeinde Stein am Rhein sich das Recht vorbehält, die Leistungen in Absprache mit dem Kantonsforstamt Schaffhausen zu reduzieren. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass, falls die Arbeitsqualität oder -leistung nicht den Erwartungen und Zielsetzungen des Kantonsforstamts entspricht, das Kantonsforstamt sich vorbehalten kann, die Stundenanzahl in Rücksprache mit der Einwohnergemeinde Stein am Rhein zu reduzieren.

Stadtschreiber Timo Bär: Er hat noch eine kleine Präzisierung: Die 30 Stellenprozente haben nichts mit der neu geschaffenen Stelle zu tun. Wer diese vom Forst leistet, ist nicht geregelt. Das Risiko trägt jedoch ganz klar die Stadt, da die betreffende Person städtischer Angestellter ist. Diese Person ist mit 80 Stellenprozenten bei der Stadt Stein am Rhein angestellt. Das Risiko wird also von der Stadt getragen. Aus diesem Grund wurde in der Vereinbarung extra der Passus eingebaut, dass im Falle eines längerfristigen Ausfalls beim Forstpersonal die Leistungen reduziert werden können. Dadurch wird das Risiko minimiert.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er möchte die Risiken kurz zusammenfassen. Zum einen das Risiko, welches der Stadtschreiber erläutert hat, und das zweite Risiko ist, welches er vorhin zitiert hat. Der Vertrag muss so ausgestaltet sein, dass nicht so wenige Stundenleistungen in Auftrag gegeben werden, dass die Stadt quasi eine übrige Stelle zu 30 % hat, die man finanzieren muss.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Der strategische Stellenplan 2025 wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 34

2. Budget 2025

Vorstellung Traktandum

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er erläutert das Budget 2025 anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Bericht Kommission

Nicole Lang, parteilos, GPK: Die GPK prüfte die verschiedenen Posten und Angaben des Budgets 2025. Bei der Prüfung ist die GPK auf keine Sachverhalte gestossen, aus denen sie schliessen müsste, dass

das Budget nicht den gesetzlichen Grundlagen entspricht. Der umfangreiche Fragenkatalog zur Erfolgs- und Investitionsrechnung wurde zufriedenstellend beantwortet. Zudem fand ein Treffen mit dem Finanzreferenten und der Bereichsleiterin Finanzen, sowie ein Austausch mit dem Gesamtstadtrat statt, bei welchem weitere Themen erläutert wurden. Die Anmerkungen und Empfehlungen zu den einzelnen Bereichen können dem Bericht entnommen werden. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Anträgen des Stadtrats zuzustimmen. Die GPK bedankt sich sowohl beim Stadtrat, sowie bei allen involvierten städtischen Mitarbeitenden für ihre Arbeit.

Detailberatung

Seite 15

Claudio Götz, Pro Stein: Er hofft, dass man sich einig ist, dass 2.6 Millionen Franken für die politische Reserve für das Projekt das Maximum ist, was man als Stadt dazu beitragen kann.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Einschätzung basiert auf den Abklärungen zu den Kosten der verschiedenen Varianten – Neubau, Altbau, etc. Die kostengünstigste Lösung wäre, das Rathaus zu schliessen und ins Herfeld zu ziehen. Dort befindet sich ein grundsaniertes Gebäude. Der finanzielle Spielraum beläuft sich auf etwa 3.2 Millionen Franken. Diese Grenze darf nicht überschritten werden. Seit wenigen Tagen ist zudem bekannt, dass die eigens geschätzten Kosten durch das Planungsteam bestätigt werden konnten. Dies stellt eine bedeutende Erkenntnis dar.

Seite 18

Werner Käser, FDP: Er bittet beim Verpflichtungskredit zum Ersatz der Leitung an der Oehningerstrasse eine 0 zu streichen. Es hat dort eine 0 zu viel.

Einwohnerratspräsidentin Waltraud Zepf Getto: Das wurde geändert. Sie hat gestern die neuste Version heruntergeladen.

Claudio Götz, Pro Stein: In der Vergangenheit gab es das Weissbuch, in dem die einzelnen Projekte über einen längeren Zeitraum dargelegt wurden. Ist geplant, dass man dies weiterführt? Damals hat man das aufgrund der Subventionen gemacht. Es war ein gutes Instrument für den Rat. Gibt es das in Zukunft wieder, oder wird auf Einzelprojekte gesetzt?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Man ist derzeit dabei, eine entsprechende Aufstellung zu erstellen. Die Stadt muss ja auch planen können, beispielsweise im Hinblick auf den Wärmeverbund, falls dieser angenommen wird. Es gilt, Synergien zu nutzen, und daran wird momentan gearbeitet. Das Weissbuch hat man gemacht, da man dort Subventionen erhalten hat. Dieses Mal wird es nicht der Fall sein. Die Stadt muss aber die Planung machen. Sie hört aus diesem Votum heraus, dass der Einwohnerrat gerne dazu informiert werden möchte.

Seite 19

Boris Altmann, parteilos: Er möchte anfragen, warum die Strassen nicht gleich breit sind. Die Zwinglistrasse ist 4.5 m breit und eine andere ist 4 m. Gibt es dazu keine Standards?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es gibt schon einen Standard. Sie möchte aber den anwesenden Bereichsleiter Tiefbau bitten, die Frage zu beantworten.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Die Strasse im hinteren Bereich ist zu schmal. Diese muss man auf die Minimalbreite ausbauen, damit man die Erschliessung gewährleisten kann. Gleichzeitig fehlt dort die Wendemöglichkeit. Die Strasse wird hinten breiter, wo der Wendeplatz ist, ansonsten wird das gesetzliche Minimum gebaut.

Seite 32

Peter Spescha, SP: Er hat eine Anmerkung zum Konto 3000.03, Sitzungsgelder Kommissionen. Er glaubt nicht, dass man hier 388 Millionen Franken gebraucht hat.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Hier hat es einen Fehler. Er dankt für den Hinweis.

Seite 33

Peter Spescha, SP: Er hat eine Anmerkung zum Konto 3170.02, Repräsentationskosten. Im Jahr 2024 hat man CHF 2'000.00 budgetiert und jetzt CHF 9'000.00. Hat das einen Grund?

Stadtschreiber Timo Bär: Die Beträge der Reisekosten des Stadtrats wurden mit den Repräsentationskosten getauscht. Die Beträge wurden lediglich so verschoben, dass es nun stimmt.

Seite 38

Peter Spescha, SP: Er hat eine Frage zum Konto 1404, Marktwesen. Budgetiert sind -CHF 6'000.00. Hängt das damit zusammen, dass Mittel aus der Spezialfinanzierung entwendet werden? Oder warum hat man im letzten Jahr CHF 33'000.00 bugediert und jetzt -CHF 6'000.00?

Bereichsleiterin Finanzen Isabel Signer: Ja, das hängt damit zusammen, dass man Geld aus der Spezialfinanzierung entnimmt.

Peter Spescha, SP: Er hat eine Frage zum Konto 3635.00, Beiträge an private Unternehmungen. Hier werden mit CHF 12'000.00 Fahrgeschäft unterstützt. Was heisst das?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das ist die Geschichte betreffend Fahrgeschäften an der Chilbi. Das Problem ist, dass keine Marktfahrer mehr an die Chilbi kommen, ohne dass man sie mitfinanziert. Die ist aber auch abhängig durch eine Mitunterstützung durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung.

Peter Spescha, SP: Das heisst, man subventioniert private Unternehmen?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das ist vergleichbar mit der Märlistadt. Der Beitrag der Windler-Stiftung erfolgt unabhängig vom Kulturbudget, um sicherzustellen, dass die Reitschule während der Märlistadt betrieben und genutzt werden kann. Wenn zusätzliche Angebote wie Bahnen gewünscht werden – was er ebenfalls unterstützt – liegt dies nicht in der Verantwortung des Steuerzahlers. Sollten Drittmittelgeber angefragt werden, um solche Angebote zu finanzieren, muss dies dennoch im Budget berücksichtigt werden.

Antrag

Peter Spescha, SP: Er stellt den Antrag, den Posten auf dem Konto 3635.00 von CHF 12'000.00 für die Unterstützung der privaten Unternehmungen zu streichen.

Markus Vetterli, SP: Versteht er es richtig, dass dieser Posten nur dann ausgezahlt wird, wenn er durch Drittmittel – in gleicher Höhe wie der Beitrag der Windler-Stiftung – gegenfinanziert wird?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Ja, das ist richtig. Wenn es nicht stattfindet, findet es nicht statt.

Peter Spescha, SP: Wenn es so ist, dann zieht er den Antrag zurück.

Seite 39

Ruth Metzger, SVP: Sie hat eine Frage zum Konto 3612.00. Sie wundert sich. Bei der Gründung des Feuerwehrverbands hat es geheissen, dass es günstiger wird und sicherlich nicht teurer. Und jetzt gibt es eine Anpassung im Stellenplan.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er nimmt als Präsident der Verbandskommission gerne Stellung. Er müsste sich fast verwahren. Er hat nie gesagt, dass es günstiger wird. Es wurde gesagt, dass es langfristig eine organisatorische, qualitative und gerätetechnische Verbesserung geben wird. Es wird aber nicht billiger. Die Verbandskommission hatte zu Beginn auch keine Freude. Sie hat sich in einem halbtägigen Workshop über die Situation informiert, unter anderem durch eine Expertise durch einen externen Berater. Es wird immer schwieriger, ohne Professionalisierung, Weiterbildung und Führung entsprechend qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Auf den unteren Ebenen finden man geeignete Leute, aber auf höheren Führungsebenen wird dies zu einem grossen Problem, das immer grösser wird. Auch die Anforderungen an die Instruktionen werden immer anspruchsvoller. Daher kam man zu dem Schluss, dass eine moderate Professionalisierung notwendig ist. Das Projekt musste seriös vorbereitet werden, um eine seriöse

Budgetierung zu ermöglichen. Alle Vertreter haben einstimmig zugestimmt, dass dies notwendig ist. Dies ist hier nun abgebildet mit einem gewissen Stellenzuwachs.

Markus Vetterli, SP: In einem Gespräch mit dem Materialverantwortlichen der Feuerwehr hat er schon gestaunt, was es alles zu machen gibt. Die Professionalisierung kann er deshalb gut nachvollziehen. Im Budget sieht es ja eigentlich relativ unproblematisch aus. Bei den Sachmittel hat man sehr vorsichtig budgetiert. Wie sieht es mit den Sachmittel prospektiv aus, wenn man nach vorne schaut?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Da müsste die operative Ebene antworten. Aus der Ebene Feuerwehrkommission ist nichts bekannt, dass es hier grössere Probleme kurzfristig geben sollte. Man ist gut ausgerüstet. Es gibt eine Planung, wann grössere Sachen anfallen. In den nächsten drei Jahren fällt aber nichts an. Der grösste Teil der Gerätschaften wird sowieso durch die Gebäudeversicherung finanziert. In anderen Kantonen ist dies anders, beispielsweise im Kanton Thurgau. In eine Nachbargemeinde wurde an der Gemeindeversammlung ein Feuerwehrauto gestrichen. Dies ist bedenklich.

Seite 48

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie hat eine Frage zum Konto 3412, Fussballplatz. Beim Grüngut hatte man im Jahr 2023 nichts drin gehabt, dann CHF 800.00 und jetzt CHF 3'000.00. Was ist der Grund?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Was er weiss, ist, dass realistisch budgetiert worden ist. Das Grüngut muss auch bezahlt sein.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Es ist doch eine sehr grosse Erhöhung. Der Fussballplatz ist ja nicht grösser geworden.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das muss man im Detail anschauen. Eine Antwort kann er später geben.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Eine weitere Frage betrifft den Unterhalt an Grundstücken. Im letzten Jahr wurden CHF 33'000.00 budgetiert. Dieses Jahr sind es CHF 26'000.00. Die kleine Strasse zwischen Chabisländer und Parkplatz wurde geteert. Sie hat noch nie eine Antwort erhalten, warum diese Strasse geteert worden ist. Es handelt sich nicht mal um eine Durchfahrtsstrasse. Ein Kiesweg, wie es vorher war, hätte es absolut getan. Sie findet dies einen Stumpfsinn. Der Weg ist nun auch versiegelt. Wenn man ein paar Bäume setzten möchte, dann ist es immer zu teuer, aber hier kann man eine Strasse teeren, wo es überhaupt nicht nötig ist. Sie hätte gerne eine Erklärung zur geteerten Strasse.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Da gab es ein Kommunikationsproblem. Man hat diese Teerung gestrichen und es wurde dann doch geteert.

Christoph Stamm, GLP: Er hat eine rein buchhalterische Frage. Warum ist beim Kleinschiffahrtshaften die Summe im Konto 3413 nicht drin? Ist das wegen der Spezialfinanzierung, da es sowieso eine 0 sein muss?

Bereichsleiterin Finanzen Isabel Signer: Dies ist systembedingt. Wenn es eine 0 ist, bildet das neue System nichts ab. Man wird schauen, ob man dies ändern kann.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie würde nochmals gerne auf den Fussballplatz zurückkommen. Wenn man Geld aufgrund von Kommunikationsproblemen einfach verloren kann, dann würde sie beliebt machen, dass man genauer hinschaut und allenfalls noch ein, zwei Bäume pflanzen kann. Diese liefern auch Schatten. Das hat es dort sehr wenig. Dies würde allen zugutekommen.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie nimmt das gerne auf.

Claudio Götz, Pro Stein: Cornelia Dean-Wüthrich hat dazu doch mal einen Änderungsantrag gemacht, oder? Das Budget wurde doch erhöht?

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Ja, ich habe mal einen Änderungsantrag gemacht. Es hat dort vier Bäume gegeben. Hinter diesen vier Bäumen wurde nun geteert.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Nicht ganz unmittelbar zu den Bäumen.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Ja, ein paar Meter sind noch dazwischen.

Claudio Götz, Pro Stein: Der kühlende Effekt wurde zu Nichte gemacht.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Das kann man so nicht ganz sagen. Es hat immer noch viel Grasfläche.

Seite 60

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie hat eine Frage zum Konto 7301. Sie würde beliebt machen, dass Stein am Rhein Süd besser mit Abfallkübeln bestückt wird. Im ganzen Degerfeld gibt es keinen Kübel, auch Richtung Coop nicht. Der Coop hat hinten aber einen Kübel beim Velounterstand. Dieser ist immer überfüllt. Es liegt in der ganzen Gegend Degerfeld und Köhlerweid viel Abfall herum. Sie wäre froh, wenn man noch einige Abfallkübel aufstellen könnte.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Alle welche dort wohnen, stellen das fest. Die Diskussion, die bereits vor vier Jahren im Einwohnerrat geführt wurde, führte dazu, dass der Coop einen Abfallbehälter aufgestellt hat. Dieser genügt aber nicht. Wenn die Leute dann weiter weg vom Abfallbehälter sind, landet der Abfall wieder auf dem Boden. Dies wurde im Werkreferat besprochen. Es kostet halt einfach, wenn man Abfallbehälter aufstellt. Wenn man dies budgetiert, muss man es im Einwohnerrat dann auch bewilligen.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Sie möchte noch einen kurzen Hinweis geben. Sie kann sich nicht erinnern, dass in irgendeinem Quartier ein Abfallbehälter steht, einzig in der Altstadt und dort wo der Tourismus fließt. Ansonsten gibt es keine, diese würden sofort mit privatem Abfall gefüllt werden. Dies sieht man ja bereits in den Grünmulden. Sie möchte davon absehen, dass man in die Quartiere Abfallkübel aufstellt.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Das stimmt. Das Problem hat man vor allem in der Altstadt bzw. im Fronhof mit dem Abfallkübel. Das privater Abfall in öffentlichen Abfallbehälter deponiert wird, dieses Problem haben viele Städte. Dies muss auch thematisiert werden in der Bevölkerung. Man sieht immer die gleichen Personen zu den Abfallbehältern spazieren. Sie kann sich erinnern, dass bei ihr ebenfalls ein Abfallkübel vorhanden war, der jedoch demontiert werden musste, weil ein Mitbewohner ständige dort seinen Abfall entsorgte. Im genannten Quartier ist die Situation jedoch etwas anders, da es dort viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gibt und viele Personen zum Bahnhof gehen. Auch Jugendliche halten sich dort auf. Die Abfallproblematik besteht vor allem rund um die Einkaufszentren. Man muss sich überlegen, wie man dieses Problem lösen möchte.

Seite 64

Ruth Metzger, SVP: Sie hat etwas zum Konto 8400.3130.00, Tourismus, Dienstleistungen Dritter. In diesem Konto ist die Erstellung eines Tourismusfilms beinhaltet. Sie hat bereits ein paar Mal danach gefragt. Sie erhält jeweils einleuchtende Antworten von Gegnern und Befürwortern. Die Stadt zahlt ja an Schaffhauserland Tourismus. Kann dieser Film nicht durch diese erstellt werden? Der Schaffhauserland Tourismus ist doch die Organisation, welche Stein am Rhein bewirbt.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Es geht hier um die Bewerbung bei der UNWTO für die Auszeichnung Best Tourism Village. Der letzte Novemberbrief enthielt hierzu einen Nachtragskredit. Damals wurde festgehalten, dass dies im Tourismusentwicklungskonzept integriert werden soll – und genau das ist nun der Fall. Die gesamte Bewerbung ist in den CHF 30'000.00 enthalten, inklusive eines Films, der rund CHF 20'000.00 kostet. Schaffhauserland Tourismus verfügt weder über die finanziellen Mittel für dieses Vorhaben, noch fällt es in deren Auftrag. Sie hat jedoch bereits mit der Windler-Stiftung über den Film gesprochen. Allenfalls könnte ein Gesuch um Kostenübernahme gestellt werden. Dieser Posten ist Teil des Tourismusentwicklungskonzepts, das von allen Stakeholdern als positiv bewertet wurde. Es liegt nun am Einwohnerrat, ob er diesen Betrag streichen möchte – sie würde dies jedoch als sehr bedauerlich empfinden. Ziel ist es nicht, mehr Touristen anzulocken, sondern den Tourismus mit der richtigen Ausstrahlungskraft und in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu stärken. Für sie gehört dieses Projekt zu den zentralen Vorhaben, um die Zusammenarbeit zu fördern und das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Antrag

Ruth Metzger, SVP: Sie nimmt es Wunder, wie der Rat diesen Film sieht. Sie stellt den Antrag um Streichung dieser Position.

Nicole Lang, parteilos: Sie möchte eine kurze Denkpause dazu haben.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das war der einzige Antrag, welcher im letzten Novemberbrief gestrichen worden ist. Man wollte dies erst genehmigen, nach dem die Orientierungsvorlage zum Tourismusentwicklungskonzept vorgetragen wurde. Nun ist die Position im ordentlichen Budget abgebildet.

Beat Leu, GLP: Er wird diesem Antrag zustimmen und hofft, das für diesen Betrag zwei oder vier Bäume beim Fussballplatz gepflanzt werden.

Claudio Götz, Pro Stein: Er möchte nicht den Fussballplatz gegen dieses Projekt ausspielen. Er ist der Meinung des Stadtrats. Er hat Wort gehalten und hat dies im Tourismusentwicklungskonzept dargelegt, wie es nach dem Novemberbrief gefordert wurde. Der Auftrag ist erfüllt und aus seiner Sicht gilt diesem zuzustimmen

Roman Suter, FDP: Er schliesst sich dem Votum von Claudio Götz an. Er kennt den alten Imagefilm und dieser ist wirklich nicht mehr zeitgemäss. Im Film sind sogar noch Autos auf dem Rathausplatz zu sehen. Wenn man hört, dass es möglicherweise zusätzliche Vergütungen von anderer Seite geben könnte, spricht nichts mehr gegen dieses Vorhaben. Vielleicht lassen sich auch Sponsoren gewinnen, wenn sie im Abspann erwähnt werden.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Dieses Konzept wurde gemeinsam mit allen Stakeholdern erarbeitet. Sie kann sich nicht vorstellen, wie dies aufgenommen wird, wenn der Einwohnerrat den entsprechenden Posten einfach streichen würde. Es wurde eine Charta unterzeichnet, und der gesamte Prozess war lang und konstruktiv – ein Prozess, den man nun weiterführen möchte. Sie würde es sehr bedauern, wenn dieses Vorhaben nicht umgesetzt würde. Der Imagefilm ist dabei nur ein kleiner Bestandteil, der jedoch auch für mehrere Jahre Bestand haben wird.

Boris Altmann, parteilos: Er schliesst sich den zuvor geäusserten Voten an. Was man zwischen den Zeilen aber erkennen muss, ist, dass niemand sinnlose Labels möchte, die keinerlei Substanz haben. Er spricht sich gegen eine Streichung aus.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 2-Ja-Stimmen, 9-Nein-Stimmen und 1-Enthaltung abgelehnt.

Claudio Götz, Pro Stein: Er hat noch eine Frage zum Konto Honorare externe Berater. Es steht, dass dieses Konto eine Einwohnerzufriedenheitsanalyse vorsieht. Kann man sagen, was das ist und warum es beim Tourismus vermerkt ist?

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Es geht darum, herauszufinden, was die Bevölkerung im Bereich von verschiedenen Sparten denkt. Beispielsweise zum Tourismus oder zu Anlässen. Es geht auch darum herauszufinden, wo sie Vorteile bzw. Nachteile sehen. Im Städtli ist die Belastung zum Teil sehr hoch. Aus diesem Grund möchte man eine Bevölkerungsumfrage machen auf dem ganzen Gebiet von Stein am Rhein. Der Fragenkatalog wurde noch nicht zusammengestellt.

Christoph Stamm, GLP: Wird darauf geachtet, woher die Antworten kommen, insbesondere dann, wenn sie anonym sind? Kann man unterscheiden, was aus der Altstadt kommt und was von ausserhalb? Ist die Umfrage überhaupt anonym?

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Nein, sie ist nicht anonym.

Markus Vetterli, SP: Hat er richtig verstanden, dass es nicht darum geht, die Bevölkerung in Bezug auf den Tourismus zu befragen, sondern ganz allgemein auf die Zufriedenheit in Stein am Rhein?

Stadtschreiber Timo Bär: Die Ursprungsidee war schon, dass es um den Tourismus geht. Bei der Vorsondierung hat sich aber herausgestellt, dass es nicht zwingend nur der Tourismus sein muss, sondern dass es auch weitere Bereiche sein können. Die Fragen wurden aber, wie bereits mitgeteilt, noch nicht definiert. Es werden voraussichtlich nicht nur Tourismusfragen sein. Dies hat sich aber im Prozess so ergeben.

Claudio Götz, Pro Stein: Kann man davon ausgehen, dass die CHF 26'600.00 als Kostendach gelten und nicht überschritten werden?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Für die Befragung sind CHF 21'000.00 budgetiert. Der Rest ist noch für die Folgen des Tourismusentwicklungskonzepts. Es ist aber limitiert auf CHF 21'000.00.

Seite 92

Claudio Götz, Pro Stein: Er hat eine Frage zum Konto 2173.5040.04. In diesem Konto sind CHF 55'000.00 für die Trennung der Räumlichkeiten der Schulleitung und des Sekretariats abgebildet. Was wird hier gemacht?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Planung ist noch nicht erfolgt. Der Betrag wurde aber mal eingestellt. Das Problem ist, dass das Sekretariat und die Schulleitung im gleichen Büro sind, inklusive Besprechungsraum. Im hinteren Teil ist auch noch der Druckerraum. Hier muss man zwingend etwas machen. So kann es nicht weitergehen. Im Januar hat man eine Sitzung dazu. Es wurde einmal ein Betrag eingestellt. Dieser genügt zu 100 %. Dies wird aber noch im Stadtrat behandelt und anschliessend durch ihn genehmigt. Zu Hause würde man es anders lösen, aber in einem öffentlichen Gebäude muss man es halt einfach richtigmachen.

Peter Spescha, SP: Auf Seite 92 sind Investitionsprojekte ersichtlich. Bei einigen Projekten steht, dass noch ein Antrag gestellt wird, bei anderen jedoch nicht, wie zum Beispiel beim Volleyballfeld im Riipark, dem Quartierspielplatz, der Sanierung der Kita oder der Remise Oberwald auf Seite 94. Was ist der Grund dafür?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Remise Oberwald muss abgebrochen und neu gebaut werden. Derzeit steht ein Pächterwechsel an, und es ist noch unklar, wie dieser umgesetzt werden soll. Ursprünglich war geplant, ein neues Gebäude auf Basis eines Betriebskonzepts zu errichten, das in Zusammenarbeit mit dem bisherigen Pächter entwickelt wurde. Dadurch wäre die Vorgehensweise für den Neubau sowie für die Übergabe und einen möglichen Verkauf klar gewesen. Nun hat sich die Situation jedoch geändert und man macht die Notsicherung. Die Investitionen im Finanzvermögen sind Unterhaltsinvestitionen. Das Finanzvermögen ist gemäss Finanzhaushaltsgesetz ausserhalb der Finanzkompetenzen, ausser bei Käufen und Verkäufen im Finanzvermögen. Dann gilt jeweils die Grenze, welche die Stadtverfassung vorgibt. Der vorliegende Fall betrifft nicht nur das Finanzvermögen, sondern stellt auch eine gebundene Ausgabe dar. Der Einwohnerrat muss selbstverständlich darüber informiert werden. In der Investitionsrechnung gilt: Alle Ausgaben, die die Grenze für das fakultative Referendum überschreiten, müssen entweder separat begründet und vom Einwohnerrat genehmigt werden, basierend auf der vorliegenden Liste, oder sie sind mit einer Folgefrage verbunden, wenn der Betrag diese Grenze überschreitet. Der Hauptgrund, warum bestimmte Ausgaben in der Investitionsrechnung erscheinen, ist, dass sie über CHF 50'000.00 liegen. Ausgaben unterhalb dieser Schwelle werden als Teil der regulären Rechnung behandelt.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie hat eine Frage zum Quartierspielplatz Burgacker und Degerfeld. Vorhin wurde mitgeteilt, dass der einte Spielplatz bereits erstellt wurde und der andere noch nicht. Der noch nicht erstellte soll gleich werden, wie der bereits erstellte. Sie hat mit einer Fachperson über den Spielplatz Burgacker geredet und diese ist nicht so glücklich darüber. Der Spielplatz ist sehr gut besucht und sehr klein, auch die Beschattung ist verbesserungswürdig. Sie fragt sich, ob das Sonnensegel eine sinnvolle Beschattung ist für einen Kinderspielplatz. Unter einem Sonnensegel staut sich die Hitze. Natürlicher Schatten ist am besten und kühlt am meisten. Auch über die Spielgeräte ist die Fachperson nicht glücklich. Sie würde beliebt machen, dass man dies nochmals genau anschaut und nicht das gleiche hinstellt wie beim ersten Spielplatz.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Der Spielplatz wurde sehr seriös mit Fachleuten und unter Einbezug der Nutzergruppen evaluiert. Man nimmt das Anliegen aber gerne auf. Es wurde noch nichts bestellt. Die

Fachperson darf auch gerne direkt dem Stadtrat eine Rückmeldung geben. Betreffend Beschattung sehen es die einen so und die anderen so. Er möchte festhalten, dass dies Spielplätze sind und nicht Quartierbegegnungszonen, welche zu einem späteren Zeitpunkt auch noch ein Thema sein können.

Markus Vetterli, SP: Um das Ganze zu konkretisieren. Es geht um die motorische Entwicklung im Kleinkindsalter, wo Standardspielgeräte relativ wenig auslösen. Hier braucht es beispielsweise mehr Terrain oder andere Möglichkeiten. Es geht auch um Elemente, welche die Kreativität fördern. Dies ist auch zu wenig erfüllt.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man nimmt es gerne auf und wird es nochmals anschauen. Die Evaluation war mit den Nutzern und den Fachleuten aber relativ ausführlich. Es sieht so aus, dass es andere Meinungen gibt.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Wenn man Umfragen macht, wäre es schön, wenn man dies dem Stadtrat mitteilt und nicht abwartet, bis die Einwohnerratssitzung stattfindet. Dann kann der Stadtrat auch reagieren. Der Einwohnerrat wünscht ja jeweils auch, dass er vorgängig informiert wird. Sie würde dies sehr begrüßen.

Markus Vetterli, SP: Man kann die Person schon offenlegen.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie sieht es genau gleich. Bei der Fachperson handelt es sich um die neue Einwohnerrätin, welche in ihrer Fraktion ist. Dies wurde an der letzten Fraktionssitzung thematisiert und gewünscht, dass man dies an den Stadtrat heranträgt. Sie selber geht nicht mehr auf den Kinderspielplatz.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man nimmt dies gerne auf und wird es nochmals anschauen. Am Schluss muss man etwas entscheiden.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Das Segel ist nur eine Zwischenlösung, bis die Bäume genügend gross sind. Anschliessend können die Bäume die Beschattung übernehmen. Es braucht aber eine Zwischenlösung. Die Krebsliga Schweiz finanziert diese Segel sogar. Die Krebsliga Schaffhausen hat viele Kita-Segel finanziert. Es geht darum, dass es Schatten gibt und die Kinder vor den Sonnenstrahlen geschützt sind. Die Hitze ist das andere.

Claudio Götz, Pro Stein: Er kommt zur Neugestaltung Underer Obschmätäarkt und Sanierung der Kita. Dies sind Projekte, welche auch immer wieder in der Kommission BLWSU angesprochen werden und sie eine mündliche Information wünschen. Er möchte betonen, dass das Unbehagen gegenüber solchen Vorlagen zunehmend wächst, wenn man aus irgendwelchen Gründen nicht rechtzeitig informiert wird. Er möchte um Transparenz bitten.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Bei der Neugestaltung Underer Obschmätäarkt wurde ein Stopp verhängt, da man in der Planung der Mitwirkung steckt. Es kommt aber.

Claudio Götz, Pro Stein: Er möchte das lediglich dem Stadtrat im Voraus mitgeben.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er möchte noch als Ergänzung hinzufügen. Er hat es bereits in der Fraktion erklärt. Im Rahmen der Arbeitsgruppe, die von Stadtpräsidentin Corinne Ullmann präsiert wird und sich nun mit der Mitwirkung an der Vorbereitung befasst, wurden bislang lediglich Abklärungen zur Machbarkeitsstudie getroffen. Was genau durch die Bevölkerung gewünscht wird, gilt es nun abzuholen. Es ist ein Zeitmanagementproblem, warum dies noch nicht erfolgt ist.

Markus Vetterli, SP: Er hat noch eine Anmerkung zum Konto 3411, Badeanalgen. Er möchte dem Stadtrat für die Planung des Beachvolleyballfelds ein Kompliment machen. Stein am Rhein ist wahrscheinlich weit herum die einzige Gemeinde, welches noch kein Beachvolleyballfeld hat. Dies ist auch eine notorische Förderung, einfach für die Grösseren. Das zweite was sehr erfreulich ist, sind die PV-Anlagen. Er dankt, dass so weitergefahren wird.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er möchte noch ergänzen, dass beim Volleyballfeld viele gefunden haben, dass dies viel zu teuer ist. Es ist aber wichtig, dass man es richtig und anständig macht. Dann kostet es einfach so viel.

Seite 93

Ruth Metzger, SVP: Sie hat eine Frage zum Konto 7301, Abfallwirtschaft. Wo werden Unterflurcontainer platziert?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie sind ausgeschrieben. Einer an der Riestrasse und einer beim Bahnhof. Im Burgacker wird auch einer gemacht. Die Altstadt würde man auch gerne versorgen. Diese werden alle ausgeschrieben. Die KVA Thurgau wird Unterflurcontainer bis im Jahr 2025 subventionieren, welche versprochen wurden. Diese Woche fand die Delegiertenversammlung der KVA Thurgau statt. Es gibt Gemeinden, welche nicht fertig werden mit den Unterflurcontainern aufgrund der Einwendungen bei der Baugesucheingabe. Aus diesem Grund kann es auch noch zu Verzögerungen kommen. Sie wird an der nächsten Delegiertenversammlung dem Antrag zustimmen, die Subventionen zu verlängern. Die Gemeinde ist in der Pflicht Unterflurcontainer zu erstellen. Es wurden jedoch noch nicht alle erstellt, welche umgesetzt werden könnten.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie hat nochmals etwas betreffend Bäumen. Sie war dabei, als das Leitbild für Stein am Rhein erstellt worden ist. Es kam die Forderung von einer Vielzahl von Personen, welche mehr Bäume, Beschattung und Orte mit Bänkli in Stein am Rhein gewünscht haben. Aus ihrer Sicht ist diesbezüglich noch gar nichts umgesetzt worden. Es hat auch keinen Posten im Budget dafür drin. Wie möchte der Stadtrat das Leitbild umsetzen und mit welchem Geld?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie hat bereits an mehreren Einwohnerratssitzungen darüber informiert, auch an der letzten. Im Degerfeld wurden beispielsweise Bäume gepflanzt. Es sind 32 Bäume und etwa 40 Büsche. Dies ist in Stein am Rhein Süd. Im Bereich der Neugestaltung der Schifffländi wird es auch mehr Bäume geben. Am Fischmarkt wurde auch ein neuer zusätzlicher Baum gepflanzt. Im Chlosterhof gab es auch zwei neue Bäume. In der Altstadt ist es schwer neue Bäume zu pflanzen wegen dem Ortsbild und den Leitungen. Hier gab es auch Überlegungen für einen weiteren Baum. Von diesen ist man aber wieder weggekommen, solange zur Rathaus-, Steibock und Zeughaussanierung noch nichts feststeht. Das Thema ist aber auf dem Radar. In der Baumzone muss jeder gefälltete Baum ersetzt werden.

Markus Vetterli, SP: Er hat eine Frage zum Konto 6150.5010.21, Umrüstung LED. Er findet das sehr gut. Kann man bereits eruieren, wie viel Geld und Energie man dadurch einsparen kann?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Man kann dies sicherlich beziffern. Sie bittet den Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer die Frage zu beantworten.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Die Zahlen wurden mal ausgerechnet in einem Stadtratsantrag. Es geht seiner Meinung nach zwölf Jahre, bis sich das amortisiert hat. Man müsste dies nachschauen.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es lohnt sich sicherlich. Es wäre auch von der Lichtverschmutzung her ein besseres Licht. Es gab auch Reklamationen, dass man sich auf dem nach Hause weg in der Nacht unsicher fühlt. Im Degerfeld wurden die neuen Lampen ausprobiert. Sie wurden sehr gut angenommen. Wenn man nachts um zwei Uhr nach Hause kommt, dann hat man unter der entsprechenden Laterne immer Licht. Wenn eine Katze durchläuft, geht kein Licht an. Die Rückmeldungen aus dem Quartier sind sehr gut.

Claudio Götz, Pro Stein: Die Einsparungen wurden auf CHF 32'000.00 ermittelt beziffert gemäss Seite 17.

Peter Spescha, SP: Aus welchem Grund wird zurzeit die Beleuchtung um 23.00 Uhr ausgeschaltet und um 5.30 wieder eingeschaltet?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie wird um 24.00 Uhr ausgeschaltet.

Peter Spescha, SP: Er meint unter der Woche. Warum wird die Beleuchtung bereits um 5.30 Uhr eingeschaltet und nicht um 6.00 Uhr? Um 5.30 Uhr braucht noch niemand Licht. Es hat nichts mit dem Budget zu tun. Ihn nimmt es aber trotzdem Wunder.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Um 5.30 Uhr ist es dunkel. Warum braucht es dann niemand?

Peter Spescha, SP: Vor der Energiemangellage vor zwei Jahren hat man das Licht um 6.00 Uhr eingeschaltet, dann hat man dies auf 5.30 Uhr trotz Mangellage vorverlegt.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie kann es nicht beantworten. Es gibt aber Leute, welche um 5.00 Uhr auf dem Zug müssen.

Seite 94

Claudio Götz, Pro Stein: Für die Remise wurden im letzten Jahr bereits CHF 200'000.00 bewilligt. Ist hier bereits etwas gebraucht?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Für die Stützmassnahmen werden rund CHF 60'000.00 benötigt.

Claudio Götz, Pro Stein: Wäre es dann nicht sinnvoll, wenn man diese 1.2 Millionen Franken herausstreicht?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man kann diese auch herausstreichen. Man muss es sowieso machen. Nächstes Jahr wird es voraussichtlich aber nicht gemacht. Die Investitionsrechnung ist nicht limitiert. Die Finanzinvestitionsrechnung ist eine Orientierung. Man hat es bereits gedruckt. Es steht jetzt einfach als Orientierung.

Seite 111

Christoph Stamm, GLP: Er fragt zur Pflegefinanzierung im Alters- und Pflegeheim. Vom Jahr 2025 auf das Jahr 2026 erfolgt eine Zunahme von CHF 30'000.00, gefolgt von einer Reduktion um CHF 20'000.00 auf das Jahr 2027 und einem erneuten Anstieg um CHF 2'000.00 im Jahr 2028. Sind das Sterbetabellen, oder was ist das?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Bereichsleiter werden jeweils eingeladen, die Zahlen zu verifizieren. Hierbei kann er keine detaillierte Auskunft geben.

Bereichsleiterin Finanzen Isabel Signer: Das prognostizierte Defizit wird im darauffolgenden Jahr jeweils refinanziert.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das Pflegedefizit aus Jahr A wird im darauffolgenden Jahr B (A + 1) ausgeglichen. Dann hat man das Jahr B und dann kann es umgekehrt sein. Das allein ergibt bereits Schwankungen.

Seite 117

Markus Vetterli, SP: Er hat eine Frage zum Konto 6150.5010.10, Eggli Areal. Er findet die Entwicklung sehr positiv, andererseits graut es ihm vor dem Monsterprojekt der Unterführung. Wie viel vom Eggli-Areal geht für die Unterführung drauf?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er kann dazu keine konkreten Angaben machen. Die Kommunikation erfolgt innerhalb der ersten vier Monate des neuen Jahres, teils vom Kanton und teils über die Stadt. Für die Stadt ist es von zentraler Bedeutung, wo die Baulinien verlaufen. Es handelt sich quasi um vier Quartierstücke, deren Grundeigentümer sich frühzeitig mit der Erschliessung und den entstehenden Baulinien auseinandersetzen sollten. Ob die Unterführung zeitnah oder erst in 15 Jahren gebaut wird, ist dabei egal. Entscheidend ist, dass es in der Vorprojekt- und der technischen Vorprojektphase eine Verlässlichkeit bezüglich der Baulinien gibt. Es wird einen Landverlust geben, dieser kann jedoch aktuell noch nicht beziffert werden. Wenn die Unterführung verschoben oder nicht gemacht wird, macht es keinen Sinn, die Baulinien einer möglichen Unterführung im Rahmen der Erschliessung zu überschreiten. Man wollte die Vorprojektphase abschliessen, dass man endlich die Baulinien kennt. Im Rosenberg stellen sich die gleichen Fragen. Die Erschliessung wird sowieso von hinten erfolgen, unabhängig von der ganzen Thematik. Es gibt eine Absprache und eine Vereinbarung dazu, die man bald wieder angeht. Die Erschliessung soll über das Ticiland erfolgen, wo sich das Feld des Landwirts Ochsner befindet. Dieses Gebiet wird voraussichtlich als Erschliessungsstrasse genutzt. Es ist eine heikle Geschichte. In der nächsten Phase braucht es dann einen Anhörungsprozess, in welchem die verschiedenen Stakeholder abgeholt werden.

Allgemein

Peter Spescha, SP: Da es das Eintreten beim Budget nicht mehr gibt, möchte er die Gelegenheit nutzen, der Verwaltung für ihre Arbeit zu danken.

Der Einwohnerrat beschliesst:

1. Der Verpflichtungskredit zur Projektvorbereitung Sanierung Rathaus, Steinbock und Zeughaus über CHF 170'000.00 wird einstimmig genehmigt.
2. Der Verpflichtungskredit zur Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung auf LED über CHF 400'000.00 wird einstimmig genehmigt.
3. Der Verpflichtungskredit für den Ersatz der Wasserleitung Oehningerstrasse über CHF 460'000.00 wird einstimmig genehmigt.
4. Der Verpflichtungskredit zum Ausbau der Zwinglistrasse inkl. Erstellung eines Wendehammers über CHF 230'000.00 wird einstimmig genehmigt.
5. Der Verpflichtungskredit für den Ausbau der Huberlistrasse über CHF 180'000.00 wird einstimmig genehmigt.
6. Das Budget 2025 der Einwohnergemeinde Stein am Rhein wird einstimmig angenommen.
7. Der Steuerfuss der Gemeindesteuer für das Steuerjahr 2025 wird einstimmig unverändert auf 95 % festgesetzt.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er dankt der Bereichsleiterin Finanzen für die super Arbeit. Er gibt das Finanzreferat auf die neue Legislatur ab.

Pause 21.10 – 21.25

Beschluss-Nr. 35

3. Gründung Wärmeverbund Stein am Rhein AG

Vorstellung Traktandum

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer und Finanzreferent Ulrich Böhni: Sie erläutern die Gründung der Wärmeverbund Stein am Rhein AG anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Bericht Kommission

Claudio Götz, Pro Stein, BLWSU: Der Bericht wurde zugesandt. Sie haben versucht, das Positive wie auch die kritischen Punkte herauszustreichen. Er möchte nicht alle Punkte vorlesen. In der Summe hat das Projekt die Kommission überzeugt und sie bitten um Unterstützung. Es ist, wie der Stadtrat erläutert hat, fast alternativlos, andere Wärmequellen in der Altstadt zu erschliessen. Es ist sehr sinnvoll, auch wenn man etwas aus der Hand gibt. Dies ist immer ein unangenehmes Gefühl. Es ist seiner Meinung nach aber keine Kernaufgabe einer Stadt einen Wärmeverbund zu betreiben. Nichtsdestotrotz hat man ein sehr gut ausgehandeltes Konstrukt, wo man den wichtigen Punkten weiterhin gut Rechnung tragen kann.

Eintreten

Markus Vetterli, SP, SP-Fraktion: Die SP hat in der Kommission BLWSU intensiv mitgearbeitet, die einen ausführlichen Bericht zum Thema erstattet hat. Sie sind der Meinung, dass hier sehr seriöse und grosse

Arbeit geleistet worden ist, insbesondere von den beiden Referenten, welche das Projekt vorgestellt haben. Er dankt für die Arbeit. In der BLWSU wurde sehr einvernehmlich gearbeitet. Man kann sagen, der BLWSU-Bericht widerspiegelt die Haltung der SP-Fraktion. Es ist ein wichtiges Projekt für die Altstadt mit einem sinnvollen Konstrukt und einem starken Partner der EKS. Es ist extrem wichtig, einen guten Partner zu haben, welcher auch Pikettdienst usw. gewährleisten kann. Ansonsten wäre die Gemeinde mit solch einem Betrieb überfordert. Von aussen gab es eine intensive Variantendiskussion, die informell geführt wurde, bezüglich der eher hohen Energiekosten. Diesbezüglich werden auch noch Fragen gestellt. Schlussendlich zeigt sich aber, dass die gewählte Variante wohl die richtige ist. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Christoph Stamm, GLP, Bürgerliche Fraktion: Die Bürgerliche Fraktion ist grundsätzlich für das Vorhaben. Im Hinblick auf das Ende der fossilen Heizungen macht es Sinn, neue Energiequellen und Technologien zu erschliessen. Sie halten es jedoch nicht für selbstverständlich, dass die Stadt hier Lösungen sucht, da Heizen grundsätzlich Privatsache ist. Es macht jedoch dennoch Sinn, dass sich die Stadt darum kümmert, da sie viele Liegenschaften besitzt, die beheizt werden müssen. Es gibt bereits einen bestehenden Wärmenetzverbund und die Stadt kann nun nicht einfach aussteigen. Zudem hat die Altstadt eine spezielle Baustruktur, die alternative Heizlösungen erschwert. Aufgrund der hohen Anschlussdichte in der Altstadt macht es auch Sinn, in den Quartieren würde es aber anders aussehen. Aus diesem Grund darf es auch etwas teurer sein, da auch andere Lösungen zusätzliche Kosten verursachen würden. Es wird begrüsst, dass es ein Angebot bleibt, und es freiwillig ist, sich anzuschliessen. Man erwartet, dass die Bevölkerung das Angebot auch annimmt, wenn es zur Verfügung gestellt wird. Es gibt jedoch Bedenken wegen der hohen Kosten. Eventuell suchen die betroffenen Personen dann nach anderen Lösungen, was den Mitnahmeeffekt verringern könnte. Die Finanzierung macht so Sinn, so wie es die Stadt vorschlägt mit dem Abtausch, so dass die Unterdeckung der Altlasten bereinigt werden. Man verliert und gewinnt. Man verliert den Besitz und eine gewisse Mitsprache. Der Stadtrat hat das Maximum im Verhältnis an Mitsprache und Kosten herausgeholt. Die effektiven Kosten pro bezogene Energiemenge, inklusiv Anschlussgebühren, sind trotz Subvention sehr hoch. Es stellt sich die Frage, ob man dann trotzdem so viel anschliessen. Die Information aus der Präsentation des Stadtrats, dass es Wärme für 51 Anschlüsse gibt, beruhigt ihn jedoch etwas. Auf informeller Ebene wurde viel diskutiert, auch bezüglich des geeigneten Standorts. Eine kleine Anmerkung: Der Standort der ARA ist sicher gut, da er eine bessere Wirkung hat. Es ist jedoch falsch zu behaupten, dass nicht genügend Energie aus dem Rhein gewonnen werden kann. Die Stadt Zürich macht dies seit 30 Jahren erfolgreich mit der Limmat. Der Standort der ARA hat hier jedoch gewisse Vorteile: der Hauptvorteil ist die gute Wartungsmöglichkeit des Wärmetauschers und die Vermeidung von Vermusterung. Es wurde die Idee geäussert, die ganze Anlage bei der Schiffländi zu erstellen, beispielsweise hinter der Liliputbahn, mit Anschluss an den Rhein, wodurch die Vorteile der ARA verloren gehen würden. Ein Vorteil dieser Lösung wäre aber die kürzeren Leitungen. Es würde ihn interessieren, ob geklärt wurde, wie sich die Kosten für die Endverbraucher durch diese Leitung ändern. Fällt der Kilometer an zusätzlicher Leitung ins Gewicht? Wenn nicht, wäre der Standort an der ARA tatsächlich der beste. Insgesamt wird das Projekt grundsätzlich positiv bewertet, und die Empfehlung lautet, das Vorhaben anzunehmen.

Detailberatung

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Die Frage war, ob das Leitungsnetz das ganze Projekt vergünstigen würde mit einem anderen Standort. Die Variante Rheinwasser wird nicht unbedingt um das Leitungsnetz vergünstigt, da man Investitionskosten für die Wärmepumpe des Rheinwassers hat und die Wärmepumpenkosten höher sind. In der ARA hat man Investitionskosten von 2.5 Millionen Franken und für die Variante Rheinwasser hat man Investitionskosten von 4.2 Millionen Franken. Das Leitungsnetz von der ARA in die Altstadt kostet etwa 1.5 Millionen Franken. Die Abschreibung der Leitungen wäre mindestens 45 Jahre. Die Möglichkeit, verschiedene Energiequellen in der ARA zu nutzen – wie Abwasserwärme, Biogas usw. – stellt die effizienteste und wirtschaftlichste Variante dar.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er möchte der Aussage mit der Stadt Zürich und der Limmat ein wenig widersprechen. Der Rhein ist teils drei oder vier Grad kalt und dann kommt man in den Bereich von ein

oder zwei Grad Differenz und dann wird es kritisch, um die Spitzenlast zu bedienen. Dann muss man andere Mittel zur Hilfe nehmen, um dies zu überbrücken. Es wäre eine grössere Menge als hier geplant ist mit der Lösung Abwasser plus Holzschnitzel im Winter. Es geht um die Zweitphase, wo die Wassertemperatur sehr tief ist und diese Phase gibt es. Zurzeit ist der Rhein noch sechs Grad. Grundsätzlich weiss man, dass die Anlagen funktionieren, aber die Spitzenzeiten müssen auch berücksichtigt werden.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie kennt das Beispiel der Limmat nicht. Es wurde auch über das Untersee-Wärmeverbundprojekt diskutiert, welches das EKZ projektiert. Die Seewassertemperatur ist immer etwa vier Grad, im Rhein kommt es aber auch vor, dass diese tiefer ist. Das ist eine weitere Differenz. Das Wasser kann auch gefrieren.

Christoph Stamm, GLP: Der Rhein ist noch nie durchgefroren.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es sind empfindliche Anlagen.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Es ist nicht der Rhein, der gefriert. Man muss Wärme aus dem Wasser entnehmen und wenn man Wärme herausnimmt, kühlt es ab. Dann besteht bei solch einer Anlage die Gefahr, wenn man stehendes Gewässer hat, dass die Anlage vereist. In der Rhone beispielsweise gab es dieses Problem. Dann steht die Anlage still. Je nach Abfluss und Bedingungen kann die Wassertemperatur sinken. Es gab auch bereits 0.9 Grad im Rhein. Dann gibt es praktisch keine Wärme mehr, welche man entnehmen kann. Dann braucht es auch viel grössere Wärmepumpen, wenn man nur mit der Rheinwasserwärme die Spitzen abdecken möchte. Dies führt zu weniger Effizienz als bei der ARA. Es führt aber auch dazu, dass es einen Ölkessel braucht, um die Spitzenlasten abzudecken. Es braucht ein Backup.

Christoph Stamm, GLP: Er dankt für die Ausführungen. Wäre es denkbar, die Tarifstruktur nochmals zu diskutieren, oder ist diese fix? Er findet das Verbraucherprinzip am besten und ein höherer Grundtarif eher schlecht. Beim Verbraucherprinzip ist jede Person motiviert Energie zu sparen.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das ist eine Verhandlungsfrage. Es gibt Grundkosten und die sind einfach da. Diese ändern sich nicht bei tiefem Verbrauch. Man hat ein gutes Verhältnis zwischen Grundkosten und Verbrauch. Man kann auch Geld sparen, wenn man nicht so viel Wärme braucht. Es gibt Leute, welche mehr heizen und jene, welche weniger heizen. Wenn man mehr heizt, nimmt der Verbrauch exponentiell zu.

Christoph Stamm, GLP: Genau darum wäre es gut die Kosten bei den Verbrauchern zu erhöhen und nicht die Grundkosten.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Bei der jetzigen Energiestruktur versucht man die Energiekosten, welche anfallen, mit dem Energie- und Arbeitspreis zu zahlen. Dies ist wie in der Wasserversorgung. Die fixen Kosten sollen mit den Gebühren bezahlt werden. Die fixen Kosten (Strom, Abschreibungen, Unterhalt etc.) sind mit den Gebühren gedeckt. Die Energiekosten werden mit dem Arbeitspreis gezahlt. Dies ist eine gute Balance. Der finanzielle Erfolg sollte nicht davon abhängen, wie viel Energie man verkauft. Es darf nicht sein, wenn Leute anfangen Energie zu sparen, dass man dann nicht genügend Geld hat. Der Preisüberwacher schaut auch darauf. Es besteht zwar die Gefahr, dass der Anreiz reduziert wird. Für die Wirtschaftlichkeit ist es aber zwingend, dass die fixen Kosten gedeckt sind. Der Grundpreis deckt den periodischen Zählerwechsel.

Markus Vetterli, SP: Er sieht es noch ein wenig anders. Man zahlt ja für die Maximalleistung, welche man beziehen kann als Grundpreis. Dies hat sehr wohl einen Spareffekt. Ein Liegenschaftsbesitzer muss sich überlegen, ob er an sehr kalten Tagen maximal 20 oder 25 kWh aus dem Wärmeverbund beziehen möchte. Diese maximale Bezugsleistung gibt an, was der Wärmeverbund insgesamt bereitstellen kann. Das bedeutet, der Anbieter muss entsprechend Öl oder andere Energieträger bereitstellen, um diese Spitzenlasten zu decken. Wenn es jedoch Druck auf den kWh-Preis gibt, und der Liegenschaftsbesitzer beispielsweise zusätzlich einen Schwedenofen hat, könnte er überlegen, nicht die maximale Leistung abzurufen. Stattdessen könnte er an kalten Tagen den Schwedenofen nutzen, um die Spitzenlasten zu entlasten und somit die Kosten für die Fernwärme zu senken.

Christoph Stamm, GLP: Oder man stellt die Elektroheizungen ein.

Markus Vetterli, SP: Ja, das wäre der dumme Fall und wäre nicht gut.

Beat Leu, GLP: Der Strompreis ist zu günstig.

Markus Vetterli, SP: So günstig ist er auch nicht.

Beat Leu, GLP: Es wäre günstiger als bei der vorliegenden Lösung. Es können aber nicht alle Personen einen Schwedenofen einbauen und dann braucht man einen Elektroofen. Das ist leider Tatsache.

Markus Vetterli, SP: Er sieht das anders. Ein Liegenschaftsbesitzer, der glaubt, er könne seinen Mietern niedrige Nebenkosten bieten, indem er auf Strom setzt, handelt fahrlässig. In Wirklichkeit entstehen durch den Stromverbrauch hohe Kosten. Der Strompreis liegt bei CHF 0.30, was mehr kostet als die Wärmeleistungen des Wärmeverbunds. Daher würde dieser Ansatz in den meisten Fällen zu höheren Gesamtkosten führen, anstatt Einsparungen zu erzielen.

Seite 3

Ruth Metzger, SVP: Sie hat gestern in der Zeitung gelesen, dass Schaffhausen aus wettbewerbsübergreifenden Gründen den Wärmeverbund ausschreiben wird. In Stein am Rhein ist dies nicht der Fall. Wieso? In Stein am Rhein war von Beginn weg das EKS der Partner.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: In Stein am Rhein gibt es eine andere Situation als in Schaffhausen.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Wie es zur Zusammenarbeit mit dem EKS gekommen ist, kann er nicht beantworten. Dies war eine strategische Entscheidung. Die rechtliche Sache war, dass man den öffentlichen Grund für Werkleitungen brauchen kann. Hierfür braucht es eine Sondernutzungskonzession oder eine Bewilligung über den gesteigerten Gemeingebrauch der Strasse. Mit dem aktuellen Strassengesetz, welches kürzlich revidiert worden ist, wäre es zulässig mit dem gesteigerten Gemeingebrauch eine Werkleitung für das Wärmenetz in Form einer Verleihung zu bewilligen. Die Gemeinde oder der Kanton kann entscheiden, ob eine Verleihung entgeltlich sein soll oder nicht. Diese Möglichkeit gab es bis jetzt nicht. Es ist auch ein Thema für den Stadtrat. Er muss noch den Beschluss fällen, dass man diese Leitungen entschädigungslos zur Verfügung stellen möchte, so dass keine weiteren Kosten anfallen. Es wäre sonst ein Killer für das Projekt. Der Preis wäre sonst höher.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Die Stadt Schaffhausen hat einfach eine andere Situation. Dort ist die Situation sehr attraktiv für die verschiedenen privaten Wärmeverbunde. Wenn Private Wärmeverbunde anbieten, dann gibt es Konkurrenz. Diese Situation gibt es in Stein am Rhein nicht.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Wenn ein Wärmeverbund gegründet wird, an dem sowohl die Stadt als auch ein externer Partner beteiligt sind, handelt es sich nicht um denselben Vorgang wie beispielsweise der Bau eines Schulhauses, bei dem die Stadt den Auftrag vergibt. In diesem Fall käme das Submissionsrecht zur Anwendung. Bei einem Wärmeverbund ist dies jedoch anders. Wenn die Stadt eine Institution unter Vertrag nimmt, die den Wärmeverbund für sie betreibt, würde es sich um einen Dienstleistungsvertrag handeln. In diesem Fall würde das Submissionsrecht ebenfalls gelten.

Roman Suter, FDP: Dann hat man das Ganze nie mit einem anderen Partner angeschaut?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Zusammenarbeitsdiskussionen sind bereits länger am Laufen. Es ist schwierig. Es gibt nur wenige potenzielle Partner, die in Frage kommen, vor allem aufgrund ihrer technischen Erfahrungen und ihrer bisherigen Arbeit mit anderen Wärmeverbunden. Ein weiterer Vorteil ist einen regionalen Partner zu haben, mit dem man auch in anderen Bereichen zusammenarbeiten kann. Hätte man eine andere Institution ausgewählt, wäre die Zusammenarbeit schwieriger zu koordinieren gewesen. Daher wurde klar die Entscheidung für diese Variante getroffen.

Markus Vetterli, SP: Wer sehen möchte, welche Folgen es haben kann, wenn wichtige Infrastrukturdienstleistungen an private Unternehmen vergeben werden, sollte einen Blick nach Grossbritannien werfen. Dort gibt es miserable Situationen. Beispielsweise das Zugnetz, oder es kommt vor, dass Abwasser ungefiltert in öffentliche Flüsse abgeleitet werden – das ist eine absolute Katastrophe.

Er ist daher froh, dass ein starker regionaler Partner gewählt wurde, der politisch kontrolliert wird. Der Kanton ist Mehrheitsaktionär der EKS, und der Mehrheitsaktionär ist nicht privat.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Ein härterer Teil der Verhandlungen war, dass die Stadt eine so hohe Beteiligung wollte. Ein Investor möchte, dass er alleinige Entscheidungsbefugnis hat. Dies ist eigentlich eine Grundbedingung. Die Stadt wollte das nicht und man ist zu dieser Lösung mit den 34 % gekommen.

Seite 11

Beat Leu, GLP: Er hat eine Frage zur Tabelle mit den Leistungen Kilowatt. Der Fernwärme Preis beträgt bei 10 kW Leistung CHF 0.349/kWh. Ist das attraktiv? Er denkt nicht. Wieso ist der Preis so hoch? Er versteht die Tabelle nicht ganz.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Man wollte in der Tabelle den Kostenvergleich aufstellen, wenn man einen Heizungsersatz macht. Hier hat man die Vollkosten aufgezeigt, wenn man beispielsweise eine Gasheizung ersetzen möchte und man zum Wärmeverbund wechselt. Hier sind alle Kosten dabei, wenn man im Wärmeverbund anschliessen möchte, einschliesslich die Anschlussgebühren, die Grundgebühr sowie auch die internen Umbaukosten. Diese hat man bei einem Wechsel des Heizungssystems immer. Darum sind die Vollkosten, wie fast überall, so hoch. Diese sind in etwa genauso hoch wie bei der Installation von Luft-Wasser-Wärmepumpen, die auf ähnlichem Niveau liegen wie beim Wärmeverbund. Der Biogaspreis ist jedoch noch deutlich höher, was an den höheren Kosten für Biogas liegt. Die Preise für Energiesonden sind dagegen relativ niedrig, da sie über einen langen Zeitraum gerechnet werden.

Beat Leu, GLP: Meint der Finanzreferent mit den CHF 0.349, dass man sich damit im oberen Preissegment bewegt?

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Nein, das ist das auf Seite 10, was hier gemeint wird. Das sind die Vollkosten, zu welchen man alle Finanzierungskosten inklusive. Zinskosten dazurechnet. Wenn man die Betriebskosten anschauen will, muss man auf Seite 10 gehen.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Dann sind es CHF 0.153. Die Tabelle auf Seite 10 aus der Vorlage berücksichtigt jedoch nicht die bereinigte Energiekostenzunahme.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Man sieht, dass bei Neukunden ab dem Jahr 2025 die jährlichen Energiekosten bei rund CHF 0.21 liegen. Der Preis, welcher der Preisüberwacher ausgerechnet hat, sind die CHF 0.199. Man ist ein wenig höher. Es wird ein wenig teurer.

Christoph Stamm, GLP: Die CHF 0.34 auf Seite 11 hat er selbst ausgerechnet. Dabei kommt er auf denselben Preis für die Fernwärme. Er ist jedoch erstaunt, dass der Preis für die Luft-Wasser-Wärmepumpe so hoch ausgefallen ist. Laut einer Faustregel aus einer Studie aus Deutschland liegt der Preis für Luft-Wasser-Wärmepumpen etwa bei zwei Dritteln des Preises für Fernwärme. Woher stammen diese Zahlen?

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Die Zahlen wurden mit dem EKS gemacht und man hat Planer angefragt.

Markus Vetterli, SP: Bei der obigen Tabelle ist ein Zinssatz von 3 % eingesetzt. Die Hypothekarkosten liegen zurzeit bei 1.5 %. Wenn bei einer Wärmepumpe die Vollkosten im Kapital stecken, dann ist der doppelte Zinssatz ein Faktor. Bei heutigen realen Bedingungen ist man nicht bei diesen 3 %.

Boris Altmann, parteilos: In der BLWSU wurde dies auch besprochen. Die Gebühren sind in der Fernwärme auch einberechnet, oder?

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Ja.

Boris Altmann, parteilos: Er hat noch etwas zum Votum von Christoph Stamm. Es ist eine schlechte Zeit, um diese Sachen zu prognostizieren. Erdwärmesonden sind in diesem Zeitpunkt extrem teuer und jetzt ist der Markt deutlich zusammengebrochen und dann kommt ein Preiskampf. Der Preis kommt sicherlich wieder runter.

Seite 13

Markus Vetterli, SP: Er kann mit der Zahl der 51 Anschliessenden nicht viel anfangen. In der Altstadt hat man 5-Zimmerhäuser bis zu riesigen Liegenschaften. Was muss er unter dieser Zahl vorstellen?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es müssen 2'340 kW sein, welche man anschliessen kann. Dies entspricht rund 50 Neukunden.

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Das ist so korrekt.

Beat Leu, GLP: Wie viele Interessentinnen und Interessenten hat es jetzt, welche gerne anschliessen möchten?

Bereichsleiter Tiefbau Joel Studer: Es wird eine Liste geführt. Es sind rund 30 Interessentinnen und Interessenten. Es melden sich immer wieder Leute.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Es wird dann sicherlich auch noch eine offensive Orientierungskampagne geben Anfang nächstes Jahr. Er hat noch etwas zu den Leistungstarifen. Er hat für seine Liegenschaft auch noch die Kosten betreffend Erdsonden-Wärmepumpe berechnen lassen. Man ist weit über 20 kW beim Querschnitt durch 35 kW. Dann ist man etwa bei 25 bis 27 kW.

Beat Leu, GLP: Dies ist relativ viel.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Ja, bedingt. Es ist nicht ohne.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Der Sacheinlagevertrag zwischen der Einwohnergemeinde Stein am Rhein und der Wärmeverbund Stein am Rhein AG (in Gründung) vom 9. September 2024 und der damit vereinbarten Übertragung des Fernwärmenetzes (Leitungen und Heizzentrale), der Zeichnung von 1'600 Aktien à nominell CHF 1'000.00 der zu gründenden Wärmeverbund Stein am Rhein AG sowie der Darlehensgewährung (Aktionärsdarlehen) über CHF 1'600'000.00 durch die Einwohnergemeinde Stein am Rhein wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 36

4. Orientierungsvorlage: Öffentliche Parkierung - Projekte Parkierungsanlagen

Vorstellung Traktandum

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er erläutert die Orientierungsvorlage Öffentliche Parkierung - Projekte Parkierungsanlagen und die Vorlage Verpflichtungskredit Ausbau Parkplatz Schützenhaus gemeinsam anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Detailberatung

Seite 2

Claudio Götz, Pro Stein: Er möchte betreffend Miete Parkhaus Grossi Schanz zurückdenken. Es war damals geschrieben, dass man ein einfaches Parkleitsystem einführt und flankierende Massnahmen zum Parkhaus trifft. Er ist heute Abend mit dem Velo zur Schifffländi gefahren. Beim Untertorbereich hat es einen riesigen Suchverkehr gegeben, da die Leute nicht wussten wohin. Das Parkhaus hätte gemäss Beschilderung noch Platz gehabt. Es wäre gut, wenn man diesbezüglich nochmals über die Bücher gehen würde, damit man das Parkhaus auch finden würde.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man wollte zuerst, dass diese Vorlage abgesegnet wird. Wenn dies der Fall ist, möchte man das Parkleitsystem und die Signalisationen entsprechend planen und umsetzen.

Claudio Götz, Pro Stein: Er wollte nur wiederholen, was bei der Vorlage zum Parkhaus Grossi Schanz geschrieben war.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man ist zum Schluss gekommen, dass man dies gemeinsam machen möchte. Es wird aber gebraucht, ganz klar.

Seite 4

Ruth Metzger, SVP: Sie kommt bereits heute auf die Tabelle zurück, wo der Finanzreferent damals gesagt hat, das kommt in einem Jahr. Sie hat diese nochmals angeschaut. Es sieht alles so positiv aus. Am Schluss steht plus 32 Plätze. Aber der Hettler-Parkplatz, welchen man aufheben möchte, ist nicht miteinberechnet. Dies sind sicherlich auch nochmals 30 Plätze. Dann ist es im besten Fall ein 0-Summenspiel.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Der Hettler-Parkplatz ist derzeit noch kein konkretes Projekt und wurde aus diesem Grund in den aktuellen Planungen nicht berücksichtigt. Die positive Bilanz liegt momentan bei 32 Parkplätzen, beziehungsweise 37, wenn sämtliche Parkmöglichkeiten einbezogen werden. Diese Zahlen bilden die Grundlage, um überhaupt Überlegungen anzustellen, ob an diesem Standort Massnahmen ergriffen werden können. Ob der gesamte Parkplatz oder nur ein Teil davon aufgehoben wird, ist noch unklar. Wie viele Parkplätze tatsächlich auf dem Oberen Obschmäärt geschaffen werden können, falls die Car-Parkplätze ausgelagert werden, steht ebenfalls noch aus. Es bedarf weiterer Abklärungen.

Ruth Metzger, SVP: Auf dem Underen Obschmäärt hat sie kürzlich am Abend 30 Autos gezählt, welche dort mit der Nachtparkscheibe parkiert haben. Es waren auf jeden Fall immer die gleichen schmalen Zettel. Sie macht sich nun schon Gedanken. Es heisst, man hat das Parkhaus. Die Anwohner, welche die Plätze nutzen, können ja aber nicht ins Parkhaus gehen. Sie zahlen zwar den ganzen Tagstarif. Wenn sie auf dem Oberen Obschmäärt gingen, hätte man genügend Platz. Die Altstadtliegenschaftsbesitzer bekommen ja auch mal Besucherinnen und Besucher. Haben diese auch Platz oder müssen diese auf dem Schützenhausparkplatz parkieren gehen?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Jetzt werden mehrere Sachen miteinander vermischt. Zum einen, dass man im Parkhaus Grossi Schanz keine Plätze vermietet und dass die Parkkarten dort nicht gültig sind. Darüber hat man sich bereits unterhalten. Mietparkplätze für Einwohnerinnen und Einwohner sowie andere Nutzer befinden sich an anderen Standorten, jedoch derzeit nicht in dieser Tiefgarage. Wie viele es sind, kann er zurzeit nicht sagen. Genügend Parkplätze hat es. Man kann nicht jeden Parkplatz vermieten. Dies wäre auch rechtlich nicht so einfach.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Dazu gibt es auch einen Bundesgerichtsentscheid.

Claudio Götz, Pro Stein: In Bezug auf den Hettler-Parkplatz, Kapitel 2.6, möchte er noch seine Meinung kundtun. Wenn man es schafft, die Parkplätze des Hettler-Parkplatzes adäquat zu ersetzen, ist er der Meinung, dass man den Hettler-Parkplatz aufheben sollte. Dann weiss man genau, wo die altstadtnahen und wo die altstadtfernen Parkplätze sind. Die altstadtfernen Parkplätze haben hauptsächlich die Funktion für das Strandbad im Sommer und die altstadtnahen Parkplätze für die Altstadt wie immer. Dies wäre eine riesige Chance.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Mit dieser Thematik rennt er bei den meisten Personen, welche hier sitzen, offene Türen ein. Es ist eine Frage der Kompensation. Der Rat muss im nächsten Jahr Farbe bekennen, ob er den Carparkplatz möchte oder nicht. Es gibt unterschiedliche Signale.

Peter Spescha, SP: Die Cars kommen weg beim Oberen Obschmäärt und es gibt Platz. Die Zufahrten zu den fest vermieteten Parkplätzen sind ebenfalls sehr grosszügig. Dies könnte man besser einteilen und dann gibt es noch mehr Platz.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Neugestaltung des Oberen Obschmäärts, der derzeit weder optimal genutzt noch ausreichend begrünt ist, birgt erhebliches Potenzial.

Seite 6

Claudio Götz, Pro Stein: Es geht ihm um die Qualität der Veloabstellplätze. Wahrscheinlich steht dies im Widerspruch mit der Meinung von Peter Spescha. Wenn die Altstadt nicht zu bestimmten Zeiten für Velofahrende gesperrt wird und beispielsweise auf dem Untertorparkplatz eine Parkierungslösung für Velos angeboten wird, wird diese wahrscheinlich nicht genutzt. Es ist notwendig, Velofahrende zu zwingen, ihre Fahrräder dort abzustellen. Ohne solche Massnahmen ist es nicht möglich, eine qualitative Nutzung der Abstellplätze zu gewährleisten.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Das ist sicher ein Thema, welches auf die Stadt zukommen wird, auch mit der Verlegung der Veloroute, welche nicht mehr durch die Altstadt führen soll. Dies soll es ermöglichen, dass man eine temporäre Sperrung machen kann. Es gibt halt doch gerne Leute, welche durch die Altstadt fahren. Es sollte auch teils möglich sein, da die Strassen und Plätze nicht immer voll belegt sind. Dies muss auch betreffend Mitwirkung Underen Obschmäart aufgenommen werden, da man dort Veloparkierungsanlagen plant. Man muss aber auch an anderen Orten Veloparkierungsanlagen vorsehen. Es ist eine Frage der Leitung der Velos.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Man hat auch noch das Projekt Besucherlenkung. Auch das ist ein Thema dort.

Claudio Götz, Pro Stein: Wenn Velofahrende nicht dazu verpflichtet werden, ihre Velos ausserhalb der Altstadt abzustellen, neigen sie dazu, ihre Fahrräder mit ins Restaurant zu nehmen. Dies ist eine Tatsache.

Peter Spescha, SP: Er hat bereits in einer früheren Sitzung darauf hingewiesen, dass man zunächst einmal beobachten sollte, wie die Veloparkplätze belegt sind. Im Oehningertor seien wenige Velos zu sehen, während im Untertor viele abgestellte Velos zu finden sind. Die Frage sei, warum das so ist. Wenn man mit dem Velo ankommt und ins Untertor schaut, sieht man ein Chaos, während beim Oehningertor alles ordentlich wirkt. Wenn der Veloweg um die Altstadt geht, wird der Veloverkehr sicherlich weiter reduziert. Es wird immer Leute geben, welche mit dem Velo in die Altstadt kommen. Wenn man vom Untertor in die Altstadt blickt, sieht man, dass 50 % der Fläche von den Geschäften beansprucht wird, während sich die restlichen Flächen zwischen Fussgängern und Velofahrenden aufteilen.

Markus Vetterli, SP: Das Problem der Velotouristen besteht darin, dass sie oft Wertsachen bei sich haben und ihr Velo gerne in der Nähe wissen möchten. Dieser Punkt ist von entscheidender Bedeutung. Man muss den Velotouristen Sorge tragen, da sie die gewünschten Gäste sind – diejenigen, die übernachten und hier Geld ausgeben.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es gibt, wie bereits mitgeteilt, ein Mitwirkungsprozess zum Underen Obschmäart. Vorgesehen sind dort Veloabstellplätze, bei welchen man die Velos abschliessen kann. Dies möchte man gerne aufnehmen.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Meinungen kann man beim Mitwirkungsprozess austauschen und vertiefen.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Dies ist auch in Zusammenarbeit mit der Windler-Stiftung geplant. Es werden hochwertige Veloabstellplätze mit Solaranlagen auf den Dächern eingerichtet, die es ermöglichen, Handys und Veloakkus zu laden und Gepäck sicher einzuschliessen. Die genaue Umsetzung und der Standort werden noch geprüft. Das Konzept wurde auch im Tourismuskonzept berücksichtigt, und die Windler-Stiftung erkennt das Problem ebenfalls an.

Claudio Götz, Pro Stein: Er möchte dem Votum von Markus Vetterli entgegenen. Es geht ihm nicht darum, die Velotouristen zu vergraulen – ganz im Gegenteil. Es sei ihm wichtig, in hochwertige Abstellplätze zu investieren, die dann auch genutzt werden sollen. Er habe jedoch Zweifel, dass diese Abstellplätze ohne einschränkende Massnahmen tatsächlich genutzt werden.

Seite 7

Claudio Götz, Pro Stein: Wie wird das Monitoring in der Praxis umgesetzt? Was sind die Zielsetzungen und was verspricht man sich von diesem?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Wenn ein Monitoring durchgeführt wird, muss zunächst das Leitsystem umgesetzt werden. Anschliessend gilt es zu ermitteln, wie die Parkplätze genutzt werden. Es gibt bereits eine durchgeführte Studie, aber es wird voraussichtlich notwendig sein, eine weitere Studie zu erstellen, sobald die Parkplätze verfügbar sind.

Beschluss-Nr. 37

5. Verpflichtungskredit Ausbau Parkplatz Schützenhaus

Bericht Kommission

Claudio Götz, Pro Stein, BLWSU: Das Geschäft wurde geprüft und sie sind zum Entschluss gekommen, dass sie das Geschäft gerne unterstützen möchten. Es gab aber, wie auch im Bericht zu lesen war, einige kritische Anmerkungen, so beispielsweise die PV-Anlage, welche im Projekt nicht bearbeitet wurde sowie die Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge. Das sind die wichtigsten Punkte. Ein weiterer kritischer Punkt sind die Unterhaltskosten. Diese werden vermutlich auch hoch sein. Sie wurden in der Vorlage nicht beziffert. Trotz diesen negativen Punkten überwiegen die positiven Punkte und die Kommission empfiehlt, das Projekt anzunehmen.

Eintreten

Boris Altmann, parteilos, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Sie stützen sich am BLWSU-Bericht und die Fragen wurden beantwortet, welche man anlässlich der Kommissionssitzung hatte.

Claudio Götz, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion: Er möchte noch einige kleinere Ergänzungen zu dem bereits vorgetragenen machen. Ein weiterer kritischer Punkt ist die zukünftige Nutzung des Schützenhauses selbst.

Detailberatung

Seite 2

Claudio Götz, Pro Stein: Es geht um die PV-Anlagen. Man muss dies heutzutage in Betracht ziehen. Er erinnerte sich an die Diskussion vor einem Jahr und bemühte sich, das entsprechende Protokoll zu lesen. Werkreferentin Gruhler Heinzer sagte damals: «Eine Möglichkeit, die sie sieht, wäre eine Überdachung der offenen Parkflächen mit PV-Anlagen, sodass man diese gleichzeitig für das direkte Laden von Elektroautos nutzen könnte. Auf diese Weise wären Beschattung, Energiegewinnung und das Laden von Elektroautos in einem kombiniert. Dies sind jedoch zunächst nur Ideen.» Es ist schade, dass diese Ideen in der aktuellen Vorlage nicht weiterverfolgt wurden.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Es handelt sich um ein komplett anderes Projekt, wenn man nicht die Begrünung, sondern eine Erweiterung in Form eines Dachs mit PV-Anlagen anstrebt. Man hat dies an diesem Standort nicht weiter geprüft, da es dort schlichtweg schwierig umzusetzen wäre. Dies wurde sowohl von den Planern als auch vom PNA so eingeschätzt. Aus diesem Grund wurde die Idee nicht weiterverfolgt, sondern stattdessen ein anderes Konzept verfolgt. Es sind Leerrohre für die Erschliessung und die entsprechenden Stromquerschnitte vorgesehen. Aufgrund der Verhandlungen in der Kommission wird man diese Leerrohre entlang des Parkplatzes in der erforderlichen Tiefe verlängern, sodass später eine unterschiedliche Anzahl von Parkplätzen mit Elektroladestationen erstellt werden könnte. Aufgrund der Diskussionen in der BLWSU wurde die Möglichkeit von PV-Anlagen nochmals geprüft, jedoch stellte sich heraus, dass dies an diesem Standort fast unmöglich ist.

Markus Vetterli, SP: Er möchte sich der Diskussion anschliessen. Dabei richtet sich seine Kritik nicht an den Stadtrat, sondern an die ENHK. Diese müsse sich in solchen Fragen mehr bewegen. Es nützt niemandem, wenn später die Bäume in einer Hitzeinsel absterben oder der Rhein im Sommer

Niedrigwasser führt. Dies sind drängendere Themen, als ein überdachter Parkplatz. Man spricht hier über die Zukunft der Landschaft und der Landwirtschaft, was einen erheblichen Einfluss hat. In der BLWSU wurde nicht über freistehende PV-Anlagen gesprochen, wie es die ENHK sagt, sondern über eingefriedete PV-Anlagen. Die Vision war, dass im Süden eine Hecke und im Norden ein Waldzaun – wie man ihn in Deutschland bei Freiflächenanlagen verwendet – die PV-Anlage umfriedet. So wäre es landwirtschaftlich verträglich und wirkte von aussen wie eine Hecke oder ein Wald. Er hat den Plan mit den 110 Parkplätzen an einen Systemanbieter geschickt und ein Angebot erhalten. Mit einem Standardsystem für 108 Parkplätze und 810 Solarmodulen würde eine Leistung von 340 kW Peak und ein Jahresertrag von über 300'000 kWh möglich sein. Wenn der Strom für CHF 0.12 verkauft wird, könnte man jährlich CHF 40'000.00 verdienen, bei Investitionskosten mit Fundament und Installation von CHF 640'000.00. Die Fahrleistung, welche man daraus generieren könnte, entsprächen 2 Millionen Autokilometern. Anders ausgedrückt: Jeder einzelne überdachte Parkplatz könnte genug Strom liefern, um ein Elektrofahrzeug jährlich 17'000 km zu fahren. Man müsse die Nachhaltigkeitsfrage lösen und dürfe nicht immer den Landschaftsschutz in den Vordergrund stellen. Wenn die Landschaft durch den Klimawandel zerstört wird, ist das eine unhaltbare Position. Seine Kritik richtet sich nicht gegen den Stadtrat, sondern gegen die Haltung der ENHK, die er zunehmend als fundamentalistisch empfindet. Er möchte darauf hinweisen, dass die Aussicht von der Burg Hohenklingen wahrscheinlich schöner wäre, wenn dort schwarze, dezente Farben zu sehen wären, als wenn verschiedene Fahrzeuge in unterschiedlichen Farben stehen. Solche Fragen sollten neu in der Gesellschaft diskutiert werden.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er hat Verständnis für die Bedenken und er wäre nicht grundsätzlich dagegen. Es ging ihnen jedoch darum, ein umsetzbares Projekt zu entwickeln. Man möchte einen Schritt vorankommen, und dafür muss die Priorisierung diskutiert werden. Beide Aspekte müssen berücksichtigt werden, und die Abwägung sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden. Er ist sehr offen für diese Diskussion. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man froh wäre, wenn das Projekt umgesetzt werden könnte. Auch bei den Gutachten zum Ersatz der Bootssteganlage vom Bund liest man teils fragwürdige Dinge. Ein gewisses Umdenken muss stattfinden. Kurzfristig ist es nicht ganz einfach.

Seite 3

Ruth Metzger, SVP: Es ist angedacht, dass das Schützenhaus unter anderem als Jugendtreff genutzt wird. Dies, nachdem das Eggli-Areal dazu nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Durch die Parkplatzgestaltung ist der geplante Jugendtreff stark tangiert. Die Jugendlichen werden zu Fuss, per Velo und Mofa den Treffpunkt aufsuchen, während Autos nach einem freien Parkplatz suchen. Diesem Interessenkonflikt möchte sie entgegenwirken, indem man den Parkplatz um rund zehn Parkfelder verkleinert. Die restliche Parkplatzanordnung mit dem Einbahnregime ist davon nicht betroffen. Wenn man mit einer Parkplatzbreite von 2.5 m rechnet, dann macht das bei fünf Parkplätzen einen Streifen von 12.5 m Breite, welcher für die Jugend freigehalten wird. Es könnte ein Vorplatz zum Schützenhaus entstehen, welcher von den Jugendlichen für Spiel, Spass und Vehikel genutzt wird. Eine einmalige Chance. Man hat auch das UNICEF-Label, und daher kann sie es nicht unterstützen, dass einfach vor dem Jugendtreff ein Parkplatz gebaut wird.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er ist nicht abgeneigt. Man kann dies jederzeit auch noch umsetzen. Man nimmt dies gerne für die Umsetzungsplanung entgegen.

Ruth Metzger, SVP: Bei den zehn Parkplätzen würde sie die ganz nördlich und die mittleren fünf wegnehmen. Dann kann man das Einbahnregime beibehalten. Es würde nicht tangiert werden. Es würden lediglich ein paar Parkplätze zu Gunsten der Jugend weggenommen werden. Der Rest würde nicht angetastet werden.

Christoph Stamm, GLP: Er unterstützt diesen Vorschlag sehr. Man kann dann grad so gut sagen, dass man es wieder bauen kann, wenn doch kein Jugendcafé kommt. Das Argument kann man auch umkehren.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Sie unterstützt das auch. Wenn sie den Finanzreferenten richtig verstanden hat, ist noch vieles offen. Je nachdem, was mit dem Schützenhaus passiert, kann man das Projekt auch entsprechend anpassen. Ist das richtig?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man weiss heute einfach noch nicht, was dort passiert. Es gibt erst Vorgespräche. Es ist aber auch eine finanzielle Frage. Wenn es um das Jugendcafé geht, geht es nicht nur um die Stadt Stein am Rhein. Die anderen müssen auch noch dabei sein. Es braucht dann auch noch andere Nutzungen. Man kann es nicht nur für zwei Abende freibehalten.

Beat Leu, GLP: Er findet den Vorschlag auch gut. Kann der Einwohnerrat jetzt einen Antrag stellen, dass diese Parkplätze fix weg wären. Oder muss man es fast zurückweisen, dass man eine neue Vorlage ausarbeiten kann? Er möchte es nicht zurückweisen. Er möchte auf den Vorschlag von Ruth Metzger gehen, welcher sagt, dass man diese zehn Parkplätze wegnimmt und so umsetzt. Es werden nicht alle Freude haben.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Grundsätzlich ist es so, dass man eine Vorlage annehmen oder ablehnen kann. Bei der Sanierung des Schulhauses hatte man die Debatte, ob die Zufahrt von Süden erfolgen soll. Der Stadtrat hat diese Thematik damals aufgenommen und Wort gehalten. Er hat die Vorlage entsprechend ausgearbeitet, wie es gewünscht wurde. Dies erfolgte ohne Anträge oder sonst etwas.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Sie möchte noch ergänzen, dass man nicht mal weiss, wie man den Aussenraum vom Schützenhaus gestalten möchte. Es kann ja auch sein, dass man Richtung Westen etwas machen kann. Dies wäre ganz weg vom Parkplatz. Es wäre gut, dass man das ganze überdenkt, wenn dann die Zusage erfolgt. Sie würde beliebt machen, dass der Stadtrat diese Thematik aufnimmt und dann dies seriös prüft. Zehn Parkplätze weniger wären aber auch weniger Einnahmen und weniger Parkplätze gegenüber dem Städtli. Sie würde die Lösung begrüssen, dass man es auf der anderen Seite machen würde.

David Böhni, SVP: Seiner Meinung hört westlich vom Gebäude die ZöBa auf und geht in die Landwirtschaftszone über.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Es hat dort noch ein Stück. Man könnte dort eine Terrasse machen.

David Böhni, SVP: Es wäre beispielsweise nördlich des Gebäudes möglich. Er würde es deshalb schade finden, wenn man den Platz um zehn Plätze reduzieren würde, wenn es dort die Möglichkeit gibt, etwas zu realisieren.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Gibt es eine Vorlage für die Anpassungen am Schützenhaus?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Ja, dazu gibt es eine Vorlage.

Cornelia Dean-Wüthrich, SP: Dann kann man dann ja immer noch Einfluss nehmen.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Zuerst gibt es einen Mitwirkungsprozess, was man im Schützenhaus möchte. Wenn der Mitwirkungsprozess durch ist, gibt es eine Vorlage an den Einwohnerrat, was man dort macht. Es gibt heute auch technisch die Möglichkeit, die Scheibenanlage zu ersetzen. Die neuen Scheibenanlagen haben keine Schienen mehr, um sie vor- und zurückzuschieben. Wenn die Schützen nicht mehr dort wären, könnte man die ganze Wiese auch noch nutzen. Es gibt viele Möglichkeiten. Zurzeit ist es noch unklar, wie es ist. Es braucht sicherlich aber auch eine Zufahrt bis vors Schützenhaus.

Boris Altmann, parteilos: Es findet es grundsätzlich nicht schlecht, dass man weiss, was mit dem Schützenhaus passiert. Er hat jedoch Mühe damit, wenn man ein Projekt betrachtet und dann ein neues Projekt hinzufügt, das noch nicht so weit fortgeschritten ist. Wenn er den Plan anschaut, kann man aus seiner Sicht die Bäume behalten. Der Kies ist sowieso bereits dort. Man könnte es dann aufheben oder absperren, wenn man es weiss. Der Wille muss dann auch da sein für das. Die Abklärungen müssten dann aber zuerst stattgefunden haben, was im Schützenhaus passiert. Das muss auch überdenkt werden. Er hat keine Mühe zu sagen, dass er dem zustimmt, was vorliegt, mit Vorbehalt. Es ist ja alles besprochen und protokolliert.

Claudio Götz, Pro Stein: Er hat grosse Sympathien, dass man etwas für die Jugend zur Verfügung stellt. Es ist vielleicht nicht die richtige Vorgehensweise, dass man nun diese zehn Parkplätze streichen möchte. Gebaut wird ja erst im Jahr 2025/2026. Bis dann fliesst noch viel Wasser den Rhein herunter. Vielleicht

weiss man ja dann auch mehr, was mit dem Schützenhaus passieren sollte. Er hat das Vertrauen in den Stadtrat, dass man dies entsprechend berücksichtigt.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Dies wollte er genau so sagen. Der Stadtrat ist offen. Es wird ja nicht morgen gebaut. In Zukunft wird man mehr wissen. Der Mitwirkungsprozess wird dazu stattfinden und dann wird man die Meinungen entsprechend berücksichtigen.

Allgemein

Ruth Metzger, SVP: Sie hat noch eine Frage an Markus Vetterli. Ist die PV-Anlage nun abgeschrieben? Andernfalls müsste man beispielsweise einen Rückweisungsantrag stellen, mit dem Auftrag für den Aussenraum und die PV-Anlagen.

Markus Vetterli, SP: Er schätzt es, dass die Abklärung bezüglich der Leerrohre und der PV-Anlagen so kurzfristig erfolgt ist und nimmt dies zur Kenntnis. Das Einzige, was für ihn noch unklar ist, ist, was freistehend bedeutet. Die Vision war es, die Anlage nicht freistehend, sondern eingefriedet zu gestalten. Ob die ENHK dazu ebenfalls Nein sagen würde, weiss er nicht. Es ärgert ihn, aber es gibt einen übergeordneten Zweck dieses Projekts. Es geht um das Parkraumkonzept. Er würde das Projekt nicht zurückweisen.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Der Verpflichtungskredit von CHF 450'000.00 für den Ausbau des Parkplatzes Schützenhaus wird mit 9-Ja-Stimmen, 2-Nein-Stimmen und 1-Enthaltung genehmigt.

Beschluss-Nr. 38

6. Fristverlängerung Bericht und Antrag Postulat «Erstellung zweiter Notausstieg an der Schifffländi»

Vorstellung Traktandum

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Abklärungen sind noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen der Erarbeitung des Postulats muss ein Vorprojekt zur Prüfung an die zuständige Bewilligungsbehörde eingereicht werden. Es stellen sich verschiedene rechtliche Fragen. Die Vorarbeit kann nicht abgeschlossen werden bis zur Sitzung im nächsten Februar, da auch noch Sportferien sind. Bei der nächsten Sitzung wäre die Frist bereits überschritten. Aus diesem Grund ist man zum Schluss gekommen, eine Fristverlängerung zu beantragen.

Da es keinen Antrag auf Nichteintreten gibt, wird auf das Eintreten verzichtet.

Detailberatung

Werner Käser, FDP: Er möchte noch etwas als Postulent sagen. Ihm ist eine gute Antwort wichtiger, als eine schnelle Antwort. Er ist mit der Fristverlängerung einverstanden.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Erstreckung der am 20. März 2025 ablaufenden Frist für die Berichterstattung und Antragstellung zum Postulat «Erstellung zweiter Notausstieg an der Schifffländi» bis zum 30. Juni 2025 wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 39

7. Informationen und Umfrage

Baureferent Christian Gemperle: Er war zu lesen, dass der Bereichsleiter Hochbau Bernhard Neddermann nach zwölf Jahren gekündigt hat. Es ist ihm nun wichtig, dass die Verwaltung sowie das Tagesgeschäft trotzdem weiterlaufen. Der Stadtrat hat eine Interimslösung aufgleisen können. Jost Meier von der Firma Federas wird als Springer einspringen bis die Stelle neu besetzt werden kann. Er hat im Dezember bereits mit 40 Stellenprozenten angefangen. Er kann dadurch durch Bernhard Neddermann eingearbeitet werden. Ab Januar wird er dann mit 80 Stellenprozenten angestellt sein. Es fehlen dadurch ein paar Stellenprozente. Bernhard Neddermann hat viele Projekte begleitet. Im Bereich der Schiffländi wurde daher ein Bauherrenvertreter engagiert. Es ist Patrick Möhrle von der Firma Müller und Partner. Er soll die Lücke zwischen dem Stadtrat und dem Projektteam füllen. Dadurch soll dieses Projekt ohne Zeitverzögerungen weitergeführt werden. Dies liegt ihm sehr am Herzen.

Er möchte sich anlässlich des Endes seiner achtjährigen Tätigkeit als Stadtrat herzlich bedanken. Diese Zeit war geprägt von zahlreichen Projekten, unzähligen Sitzungen und viel geleisteter Arbeit. In den letzten Tagen ist bei ihm etwas Wehmut aufgekommen, doch zugleich auch Dankbarkeit für die bereichernden Begegnungen und die Zusammenarbeit mit vielen engagierten und interessanten Persönlichkeiten. Sein besonderer Dank gilt all jenen, die ihn während dieser acht Jahre tatkräftig unterstützt haben. Er wünscht allen frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr. Für die kommende Legislaturperiode wünscht er dem Rat viel Erfolg. Mit dem gemeinsamen Engagement und der aktuellen Dynamik kann Stein am Rhein weiterhin vieles bewegen und positiv gestalten. Da Weihnachten vor der Tür steht, hat er für die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte noch ein kleines Geschenk mitgebracht.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Sie möchte dem Einwohnerrat für die letzten vier Jahre danken. Die Zusammenarbeit war gut. Es wurde eine gute Kultur entwickelt und es konnten sachliche und faire Diskussionen geführt werden. Es war eine schöne Zusammenarbeit. Sie hofft, dass diese gute Zusammenarbeit auch in der neuen Legislatur weitergeführt werden kann. Sie findet es jeweils schön, wenn man sachliche Diskussionen hat und danach gemeinsam auf ein Bier gehen kann. Sie möchte auch Christian Gemperle für die geleistete Arbeit danken.

Peter Spescha, SP: Zum Abschluss seiner einwohnerrätlichen Tätigkeit hat er noch eine Frage. Er hat im letzten Jahr eine Interpellation zum abgelehnten Reglement Nutzung öffentlicher Grund eingereicht. Er hat dazumal vom Stadtrat folgende Antwort erhalten: Die Stadtpolizei hat im August/September eine Bestandsaufnahme der Nutzung des öffentlichen Raums durchgeführt und die Verwaltung erarbeitet aktuell einen Vorschlag für den Stadtrat, wie mit der aktuellen Situation umgegangen werden soll. Er möchte nun wissen, wie der aktuelle Stand dabei ist?

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Das Geschäft ist noch nicht soweit. Es muss eine Lösung gefunden werden, entweder um mit dem Status quo weiterzufahren oder dem Einwohnerrat ein neues Reglement zur Genehmigung vorzulegen. Aktuell ist das Geschäft auf der Pendenzenliste. Im vergangenen Frühling hat die Stadtpolizei eine umfassende Standortbestimmung vorgenommen und die Situation detailliert erfasst. Sobald sich die Pendenzen beim Stadtschreiber lichten, wird er sich dieser Thematik annehmen und einen überarbeiteten Vorschlag ausarbeiten. Es ist jedoch klar, dass der aktuelle Zustand nicht dauerhaft bestehen bleiben kann. Eine konsequente Durchsetzung der bestehenden Boulevardverordnung würde vermutlich zu intensiven Diskussionen führen. Es gilt deshalb sorgfältig abzuwägen, wie man in dieser Angelegenheit weiter vorgehen möchte. Das Thema ist nicht vergessen und bleibt auf der Agenda. Zum Schluss sei betont, dass sich Peter Spescha auch künftig gerne politisch äussern darf, auch wenn er nicht mehr dem Einwohnerrat angehört.

Einwohnerratspräsidentin Waltraud Zepf Getto: Sie bedankt sich herzlich bei den abtretenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten – Roman Suter, Christoph Stamm, Peter Spescha, Cornelia Dean-Wüthrich, Boris Altmann und Markus Vetterli – für ihre geleistete Arbeit und ihr Engagement. Sie hebt hervor, dass Roman Suter in der neuen Legislatur als Stadtrat tätig sein wird und wünscht ihm viel Erfolg in seinem neuen Amt.

Sie bittet zudem höflich darum, der Stadtkanzlei zeitnah mitzuteilen, falls es Änderungen in der Fraktionsbildung geben sollte.

Einwohnerrat Stein am Rhein

Waltraud Zepf Getto
Einwohnerratspräsidentin

Philipp Baumberger
Protokollführer